

EUROPA

Im Kampfmodus

Der Sozialdemokrat Martin Schulz wird nächste Woche Präsident des Europaparlaments. Anders als seine Vorgänger will er das Amt politisch nutzen und Streit mit den Regierungschefs suchen.

andersetzungen und Entscheidungen der Politik zu weich ist. Döring beschreibt ihn als zutiefst misstrauischen Menschen, der sich fragt, warum Fraktionschef Rainer Brüderle kurz nach ihm im „Handelsblatt“ ein Interview gibt, und der nachzählt, wer mehr Zeilen bekommen hat. Kurzum: als einen Mann, der für den Parteivorsitz ungeeignet ist.

Jeder weiß jetzt, was der eigene Generalsekretär von Rösler denkt. Wie soll der sich davon erholen?

Führende Leute in der Partei halten es für möglich, dass Rösler schon vor der Landtagswahl abtritt. Falls die Umfragergebnisse so schlecht bleiben, wird der schleswig-holsteinische Fraktionschef Wolfgang Kubicki spätestens im März einen Aufstand gegen Rösler anzetteln. Er hätte durchaus Erfolgchancen. Im April findet in Karlsruhe ein FDP-Bundesparteitag statt. Dort könnte die Machtübernahme besiegelt werden.

Es gilt als ausgemacht, dass Brüderle bei einem Sturz Röslers neuer Parteivorsitzender wird. Er hat als Fraktionschef Ansehen auch im Lager seiner Kritiker gewonnen. Beim Dreikönigstreffen applaudierten ihm die Delegierten zur Begrüßung wesentlich stürmischer als Rösler. Brüderle weist jede Ambition auf den Parteivorsitz zurück. In seiner Umgebung wird ebenfalls versichert, er wolle Rösler nicht ersetzen. Doch selbst falls das stimmen sollte, ist es ohne Belang. Wenn die FDP einen neuen Parteichef braucht, kann Brüderle sich wohl nicht entziehen.

Unklar ist, ob er dann Fraktionsvorsitzender bleibt. Er selbst würde diese Lösung bevorzugen. Aber es gibt mehrere Kandidaten. Entwicklungsminister Dirk Niebel, dessen Einfluss in der Partei wächst, wäre eine Option. Auch Gesundheitsminister Daniel Bahr, Chef des einflussreichen nordrhein-westfälischen Landesverbands, würde den Job gern machen.

Brüderle und Bahr mögen sich nicht, aber die beiden müssen sich zusammenraufen, wenn der Führungswechsel erfolgreich sein soll. Ein Vertrauter Bahrs sagt, der Gesundheitsminister müsse Vizekanzler werden, falls Brüderle Fraktionschef bleibt. Denkbar ist, dass Bahr einen anderen Kabinettsposten bekommt. Davon würden im Fall eines Machtwechsels an der Parteispitze gleich zwei frei: Rösler, darüber herrscht Einigkeit, müsste mit dem FDP-Vorsitz auch sein Ministeramt niederlegen.

Und noch ein anderer müsste wohl weichen. In der Parteiführung geht man davon aus, dass mit Rösler auch jenes Regierungsmitglied abtreten müsste, das der junge Vorsitzende einst nicht zu stürzen wagte: Außenminister Guido Westerwelle.

RALF NEUKIRCH, MERLIND THEILE

Auf der Anzeigetafel blinken rot zwei Sterne, es ist das Signal, dass die Redezeit abgelaufen ist. Um zwei Minuten ist er jetzt drüber, aber Martin Schulz hört einfach nicht auf.

Es geht um die Schuldenkrise und die Zukunft der Europäischen Union; Schulz nutzt seinen letzten Auftritt als Fraktionschef der Sozialisten im Europaparlament, um allen im Straßburger Plenarsaal vor-

ment, die beiden größten Fraktionen besetzen den Posten jeweils für die Hälfte der Legislaturperiode mit einem der ihnen, nach zweieinhalb Jahren wird gewechselt. Und so folgt nun auf Buzek aus den Reihen der christdemokratisch-konservativen Europäischen Volkspartei (EVP) der Sozialdemokrat Schulz.

Das Teilen fällt den Fraktionen auch deshalb so leicht, weil das Amt des Parla-



Partner Sarkozy, Merkel*: Chefkungler unter den Regierungsführern

zuführen, dass wenige so starke Sprüche klopfen können wie er. „Die Finanzmärkte fahren mit dem Ferrari, und die Regierungen Europas zockeln mit dem Fahrrad hinterher“, schimpft er.

Schulz redet weiter, doch er hat nichts zu befürchten, Parlamentspräsident Jerzy Buzek lässt ihn gewähren. Der Deutsche ist kurz davor, seine Redezeit eigenmächtig zu verdoppeln, als er doch noch zum Ende kommt. Da sagt der Pole ins Mikrofon: „Ich war wirklich enorm geduldig.“

Am Dienstag kommender Woche soll Schulz, 56, von Buzek das Amt des Parlamentspräsidenten übernehmen. Es ist das übliche Verfahren im Europaparla-

mentspräsidenten bislang kein Posten war, der Macht versprach. Er bot keine gewichtige Rolle im Kräftespiel der europäischen Institutionen. Schulz aber hat Großes vor mit diesem Amt. Und mit sich selbst.

Im Gegensatz zu seinen Vorgängern wolle er keinesfalls „den Gruß-August spielen“, sagt Schulz. Stattdessen will er das Europaparlament zur Gegenregierung aufbauen: gegen den Europäischen Rat, die Versammlung der nationalen Staats- und Regierungschefs. Allein der Versuch wird in den Brüsseler Institutionen mit Spannung verfolgt und mit gegenläufigen Erwartungen. Die einen rechnen damit, dass Schulz scheitert, die anderen hoffen auf seinen Erfolg.

Das Parlament gilt im Vergleich zum Rat und zur EU-Kommission als schwächs-

* Während des deutsch-französisch-russischen Dreiergipfels in Deauville im Oktober 2010.

te der drei europäischen Institutionen. Daran hat auch die Aufwertung durch den Lissabon-Vertrag nichts ändern können. Es fängt schon damit an, dass die klassische Einteilung in Regierungs- und Oppositionsfraktionen fehlt.

Im Parlament sitzen 736 Abgeordnete aus 27 Ländern, die Trennlinien nach Interessen verlaufen kreuz und quer durchs Plenum, die politischen Allianzen wechseln mit den Themen. Dabei wäre gerade jetzt, inmitten der großen europäischen Krise, ein starkes Parlament gefragt, um die Bürger mitzunehmen.

Doch die Volksvertretung ist zu wenig wahrnehmbar. Die wichtigen Entscheidungen fallen im Kreis der Staats- und Regierungschefs – wenn sie nicht schon vorher von Angela Merkel und Nicolas Sarkozy ausgekugelt wurden. „Ich bin ein sehr direkter und wortmächtiger Mensch“, sagt Schulz, „diese Stärke will ich auf das Europaparlament übertragen.“

ersten Auftritt plant er mit dem Präsidenten der EU-Kommission, José Manuel Barroso. Dabei ist es nicht einmal so, dass er den Portugiesen sonderlich schätzen würde. Doch er braucht ihn. Schulz und Barroso, die Männer der etablierten Europa-Institutionen, gegen Merkel und Sarkozy, die Chefkugler unter den Regierungsführern. „Jedes exekutive Handeln der Mitgliedsländer muss durch das Europaparlament legitimiert werden“, sagt Schulz. „Ob das in den EU-Verträgen steht oder nicht, ist mir egal.“

Um den Einfluss der Volksvertreter zu stärken, ist er bisher eigene Wege gegangen. Ende Januar kommen die Chefs der Euro-Zone in Brüssel zusammen. Sie wollen den „Fiskalpakt“ beschließen, die neue wirtschaftspolitische Koordinierung der Euro-Länder. Es ist ein Pakt außerhalb des Lissabon-Vertrags. Schulz kritisierte die Kanzlerin öffentlich für diesen Sonderweg, wie es sich in der Rolle als Fraktionschef gehörte.

Anders als sein Vorgänger will sich Schulz nicht damit zufriedengeben, zu Beginn jedes EU-Gipfels eine staatstragende Rede zu halten und so dem Treiben der Staats- und Regierungschefs den Segen des Parlamentspräsidenten zu geben. „Die Bürger sind es satt, dass alles hinter verschlossenen Türen entschieden wird“, sagt Schulz. „Diese Entwicklung können wir nur im Kampf umkehren.“

Kampf also. Das wird von nächster Woche an der neue Modus sein zwischen Brüssel und Straßburg. Kampf um Macht, Aufmerksamkeit, Deutungshoheit. Es gibt zwei Möglichkeiten, wie das ausgehen wird. Scheitert Schulz mit seinem Modell des politischen Präsidenten, könnte er das Parlament der Lächerlichkeit preisgeben. Hat er damit Erfolg, könnte er das Brüsseler Machtgefüge verändern. Und sich selbst für noch höhere Ämter empfehlen.

Für seine Vorgänger markierte der Posten des Parlamentspräsidenten stets das Ende der politischen Karriere, Schulz dagegen will sich noch lange nicht zur Ruhe setzen. Mit 31 wurde er als jüngster Bürgermeister Nordrhein-Westfalens an die Spitze seiner Heimatstadt Würselen bei Aachen gewählt. Seit er aber 1994 ins Europaparlament wechselte, fühlte er sich stets verkannt. Die Öffentlichkeit, so sah Schulz das, wusste ebenso wenig wie seine Partei zu würdigen, was er da in Brüssel und Straßburg leistete.

Doch jetzt, da er sich – in seinen eigenen Worten – anschiekt, „der ranghöchste Sozialdemokrat an der Spitze einer internationalen Organisation“ zu werden, rückt die SPD-Spitze den gelernten Buchhändler in die Mitte der politischen Bühne, wie sich beim jüngsten SPD-Parteitag Anfang Dezember 2011 in Berlin zeigte. Kaum einer der Großredner vergaß, Martin Schulz und dessen künftige Rolle hervorzuheben.

Auch wenn über sozialdemokratische Mitglieder einer möglichen nächsten Bundesregierung spekuliert wird, fällt in Berlin des Öfteren der Name Schulz. Doch der sieht sich auf europäischer Ebene ebenfalls noch nicht am Ende.

Kurz vor Weihnachten hält der polnische Premierminister Donald Tusk im Straßburger Parlament eine proeuropäische Rede, und Schulz hat ein Problem. Er kann dem liberal-konservativen Tusk inhaltlich nicht widersprechen, will ihn aber auch nicht nur loben. Also ruft er: „Sie sind so gut, Sie könnten glatt Sozialdemokrat sein. Aber historische Irrtümer kann man ja korrigieren.“

Es ist mehr als ein rhetorisches Scharmützel. Die EVP erwägt, den polnischen Regierungschef als nächsten Kommissionspräsidenten zu nominieren. Und draußen auf dem Gang sagt Schulz: „Den Job könnt ich auch.“

CHRISTOPH HICKMANN, CHRISTOPH SCHULT



Parlamentarier Schulz: „Keinesfalls den Grüß-August spielen“

Wie das gehen könnte, weiß er bereits. Schulz hat den Lissabon-Vertrag durchgearbeitet und ist zu dem Schluss gekommen, dass der dem Parlament eine größere Rolle zubilligt als jene, die es bislang spielt. Zwar darf formal nur die Kommission neue EU-Gesetze vorschlagen, doch kein Vertrag verbietet dem Parlament, eigene politische Initiativen zu starten.

Schulz will die Kommission künftig mit solchen Vorstößen vor sich hertreiben. Ab und an gelang ihm das bereits als Fraktionsvorsitzendem, meist zusammen mit dem Chef der Liberalen, Guy Verhofstadt. Die beiden Parlamentarier forderten so lange gemeinsame Euro-Anleihen, bis die Kommission den Vorschlag übernahm.

Schulz hat sich einen Fahrplan für die Wochen nach der Wahl zurechtgelegt. Den

Das hielt ihn nicht davon ab, regelmäßig mit Merkel zu telefonieren. Unter anderem erreichte er gemeinsam mit anderen Parlamentariern, dass an den Verhandlungen über den Fiskalpakt drei Vertreter des Parlaments teilnehmen dürfen. „Notfalls“, sagt Schulz, „muss man zu außerordentlichen Maßnahmen greifen.“

Er lächelt, er freut sich schon auf seinen Coup. Wenn sich demnächst die 17 Regierungschefs zu ihrem in den EU-Verträgen gar nicht vorgesehenen „Euro-Gipfel“ treffen, will sich Schulz mit an den Konferenztisch setzen, obwohl er nicht geladen ist. Dabei kann er nur gewinnen, glaubt Schulz: Entweder der Kreis um Merkel und Sarkozy akzeptiert ihn, oder sie setzen ihn vor die Tür und provozieren damit einen Eklat vor laufenden Kameras.